

reitwilliger nachkommen wird, als sich die deutsche Frau in den letzten vier Jahren durch ihre Leistungen im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben bewährt hat.

(Beifall beim DFD)

Für den Demokratischen Frauenbund Deutschlands gibt es auch keine Zonenschranken. Frauen aus ganz Deutschland gehören bereits heute zu uns. Durch eifrigste Aufklärungs- und Werbearbeit wollen wir wirken, daß diese Schar in Westdeutschland täglich wächst und wir dadurch mit dazu beitragen, die Grundbedingungen für die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands zu schaffen.

Der Deutschen Demokratischen Republik muß es gelingen, trotz aller wiederauflebenden Reaktion in Westdeutschland und der dort lebenden Feinde der Demokratie, trotz aller Kriegshetze den Frieden zu sichern und die Einheit Deutschlands wiederherzustellen. An dieser schweren Arbeit werden sich alle fortschrittlichen demokratischen Menschen nicht nur in Deutschland beteiligen, sondern alle fortschrittlichen Menschen der Welt werden uns darin unterstützen, denn nur eine wahrhaft demokratische Republik aller deutschen Menschen vermag den friedliebenden Völkern der Welt ehrliche Freundschaft zu geben und auch solche ehrliche Freundschaft zu verdienen. Die Deutsche Demokratische Republik garantiert den Völkern den Frieden, dem deutschen Volk den Weg zum Aufstieg und zum Wohlstand und unseren Kindern eine glückliche Zukunft. Wir deutschen Frauen und Mütter geloben: Wir wollen nicht nur Frieden, sondern wir sind bereit, tatkräftig und aktiv für den Frieden zu kämpfen und ihm zu dienen. Darum geloben wir, die Regierung auf allen ihren Gebieten zu unterstützen, und wir sind überzeugt, daß der Weg zum Frieden führen wird.

(Beifall)

Präsident Dieckmann:

Ich danke der Frau Abgeordneten für ihre Ausführungen wie auch für die zeitliche Beschränkung, die sie sich auferlegt hat. Ich bitte die letzten Redner, sich das zum Vorbild dienen zu lassen. Sie wissen, daß die Vereidigung der Regierungsmitglieder noch stattfinden soll. Ich bitte Sie aus zeitlichen Gründen, sich möglichst kurz zu fassen.

Das Wort hat Herr Vieweg von der Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe, als letzter Redner folgt Herr Ottomar Geechke.

Abg. Vieweg (VdGB):

Meine Damen und Herren! In voller Würdigung der historischen Bedeutung der Bildung der Provisorischen Regierung der Deutschen Demokratischen Republik haben die Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe, ihre Fraktion und ihre über 600 000 Mitglieder zu den Ausführungen des Herrn Ministerpräsidenten folgendes zu erklären:

Die Zusammensetzung der Regierung und das hier durch den Herrn Ministerpräsidenten dargelegte Programm entsprechen den Forderungen, die das deutsche Volk in dieser Stunde an eine wirklich, deutsche Regierung zu stellen hat. Diese Regierung ist eine Regierung aller Schichten unseres Volkes, die sich zum Ziel setzt, den Interessen der Werktätigen sowohl in der Stadt als auch auf dem Lande zu dienen und den Willen des ganzen deutschen Volkes zu vollstrecken. Mit Genugtuung wird die Bauernschaft die in der Erklärung des Herrn Ministerpräsidenten enthaltene Versicherung aufnehmen, daß die Regierung eine konsequente Friedenspolitik zu führen beabsichtigt. Wir vertrauen darauf, daß die Regierung stets bestrebt sein wird, mit der Sowjetunion, die unserer Nation die

Souveränität wiedergegeben hat, eine dauerhafte Freundschaft herzustellen, und auch zu allen anderen friedliebenden Völkern der Welt ein neues Vertrauensverhältnis schaffen wird.

(Beifall)

Die Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe sieht im folgenden die Hauptaufgaben der Regierung auf dem Gebiete der Landwirtschaft:

Die Regierung treffe alle erforderlichen Maßnahmen, um die in der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik verankerte demokratische Bodenreform zu vollenden durch größtmögliche Förderung des Neubauernbauprogramms und der Masebienen-Ausleih-Stationen, Entwicklung der volkseigenen Güter zu Muster- und Beispielbetrieben, Unterstützung der Dorfgenossenschaften und Förderung der durch unsere Vereinigung angestrebten Entwicklung aller Formen der Gemeinschaftseinrichtungen im Dorfe.

Wir begrüßen die von der Regierung angetöndigten Sofortmaßnahmen, die erforderlich sind, um das von den Bauern und Landarbeitern angestrebte Ziel der Erreichung von Friedenserträgen im Jahre 1950 zu verwirklichen. Die Wiedererreichung der Friedenserträge ist eine der Hauptvoraussetzungen einer realen Verbesserung des Lebens der Werktätigen in Stadt und Land. Das Streben der werktätigen Landbevölkerung, zu diesem Ziel zu gelangen, bedarf der größtmöglichen Unterstützung der Regierung durch rechtzeitige Bereitstellung ausreichender landwirtschaftlicher Geräte und Maschinen, zweckmäßige Verteilung von Düngemitteln, Sicherstellung von Saatgut und Futtermitteln und zielbewußte Maßnahmen zur Schädlingsbekämpfung, Neulandgewinnung und insbesondere zur Entwicklung unserer Wasserwirtschaft.

Eine Regierung, die sich ein solches Programm gestellt hat, wird auch die vollste Unterstützung unserer Bauernschaft Anden. Niemals jedoch wird die Regierung solche Aufgaben mit Erfolg lösen können ohne die aktive Mithilfe der Masse unserer Bauern und ihrer Organisationen. Die Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe ist zu dieser aktiven Mitarbeit bereit. Sie gibt ihrer Erwartung Ausdruck, daß die Regierung ihre aktive Mitarbeit bei der Vorbereitung und Durchführung aller Maßnahmen und Gesetze wünscht, die mit unserer Landwirtschaft im Zusammenhang stehen. Der Herr Ministerpräsident hat sich in seiner Erklärung eindeutig für die Zusammenarbeit mit den Massenorganisationen ausgesprochen, auch mit der Massenorganisation der werktätigen Bauernschaft, der Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe. Wir möchten an dieser Stelle betonen, daß die VdGB als Anwalt der werktätigen Bauernschaft mit darüber wachen wird, daß die von Parlament und Regierung erlassenen Gesetze und Verordnungen auch im letzten Dorf wirklich zur Durchführung gelangen.

(Bravo!)

Die Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe stellt fest, daß in Unterscheidung von der sogenannten Regierung in Bonn, wo selbst das Landwirtschaftsministerium nur aus Berufstaexanten besteht, die Provisorische Regierung der Deutschen Demokratischen Republik in mehreren Ministerien wirkliche Vertreter der Bauernschaft gestellt hat, die auch imstande sind, einen PAug zu führen.

(Lebhafter Beifall)

Die Regierung in Bonn hat als Vollstrecker des Marshall-Planes in Deutschland keine Möglichkeit, der Landwirtschaft wirkliche Hilfe zu gewähren und ihre Weiterentwicklung zu gewährleisten. Absatzschwierigkeiten, Chaos in der Bewirtschaftung, steigende Diskrepanz zwischen Industrie- und Agrarkreisen, Mißverhältnis zwischen Erzeuger- und Verfoaucherkreisen,